

DIE LINKE. im Rat der Stadt Bochum, 44777 Bochum

An die

Medien in Bochum

Rathaus, Zi. 49  
Willy-Brandt-Platz 2-6  
D-44777 Bochum

Telefon: 0234 – 910 1295  
Fax: 0234 – 910 1297  
eMail: [Linksfraktion@bochum.de](mailto:Linksfraktion@bochum.de)  
Internet: [linksfraktionbochum.de](http://linksfraktionbochum.de)

Bochum, den 02.12.2014

## **PRESSEMITTEILUNG**

### **Nahverkehr solidarisch finanzieren – Semsterticket erhalten!**

**Die Fraktion der LINKEN im Rat der Stadt Bochum unterstützt die Proteste der Studierenden gegen die Pläne des VRR, das Semsterticket massiv zu verteuern. „Studieren muss für alle bezahlbar sein. Das Semsterticket ist aus sozialen und ökologischen Gründen unverzichtbar“, sagt der Fraktionsvorsitzende Ralf-D. Lange.**

Da der VRR die bisherigen Verträge mit den Studierendenvertretungen gekündigt hat, droht schlimmstenfalls sogar der Wegfall des Tickets für alle 50.000 Studierenden in Bochum. Die Linksfraktion befürchtet in diesem Fall auch stark negative Auswirkungen für die Stadt. „Deswegen müssen sich die Bochumer Mitglieder im VRR-Verwaltungsrat und Oberbürgermeisterin Ottilie Scholz für den Erhalt des Semstertickets ohne die massiven Preiserhöhungen einsetzen“, fordert Ralf-D. Lange im Namen seiner Fraktion.

Am Mittwoch, den 3. Dezember, besucht der VRR-Vorstand die Ruhr-Universität. Dort muss er mit massiver Kritik rechnen. Die Studierenden haben darüber hinaus angekündigt, die Sitzung des VRR-Verwaltungsrats am 12. Dezember in Essen mit einer Kundgebung zu begleiten.

„Die Studierenden haben mit ihren Protesten Recht“, sagt Ralf-D. Lange. „Das Semsterticket ist günstiger als andere Fahrscheine. Aber nicht, weil es stärker subventioniert wird, sondern weil sich die Studierenden zusammengetan haben: Alle finanzieren es mit, unabhängig davon, ob sie es nutzen oder nicht. Mit dieser Solidarität untereinander sorgen die Studierenden dafür, dass sich alle das Ticket leisten können.“ Dass der VRR dieses Solidarprinzip durch die Kündigung der Verträge angreift, hält die Linksfraktion für unverantwortlich. Ralf-D. Lange weiter: „Mobilität ist ein Grundrecht. Niemand darf durch hohe Ticketpreise ausgeschlossen werden.“ Deshalb fordert DIE LINKE. im Rat den Erhalt des Semstertickets

zu den bisherigen Konditionen und einen Ausbau der öffentlichen und solidarischen Finanzierung für den Nahverkehr. Das beinhaltet auch ein kostenloses Sozialticket für EmpfängerInnen von Arbeitslosengeld II und Grundsicherung.

**Welche Folgen es für die Stadt hätte, wenn das Semesterticket für alle 50.000 Studierenden in Bochum wegfallen würde, will die Linksfraktion im Rahmen einer Anfrage an den Rat klären lassen. Die Fraktion befürchtet neben den sozialen Folgen für die Studierenden eine deutliche Zunahme des Autoverkehrs in der Stadt, Parkplatzchaos im Umfeld der Hochschulen und die Hinfälligkeit von bisherigen Verkehrsgutachten.**